

Diplomatische Beziehungen mit Amerikas Erzfeind

Kalter Krieg Vor 40 Jahren anerkannte die Schweiz als eines der ersten westlichen Länder das kommunistische Nordvietnam

VON CHRISTIAN NÜNLIST

Als die norwegische Regierung Nordvietnam im Jahr 1971 offiziell anerkannte, wurde US-Präsident Richard Nixon fuchsteufelswild. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Norwegen wurden beinahe abgebrochen und Nixon stiess wüste Drohungen gegen Oslo aus. Zuvor hatten zwar bereits die Schweiz (1971) und Schweden (1969) Nordvietnam anerkannt. Doch das waren neutrale Staaten gewesen. Norwegen war aber das erste Nato-Mitglied, welches Amerikas Kriegsgegner anerkannt hatte – der Vietnamkrieg traumatisierte die USA seit 1965 und das kommunistische Nordvietnam galt im Westen als Erzfeind.

Die Schweiz war im Rahmen ihrer aktiven Aussenpolitik vorgeprescht und hatte die Anerkennung Nordvietnams schon 1966 durch Bundesrat Willy Spühler (SP) eingeleitet und am 11. Oktober 1971 formell vollzogen. Die Schweiz und Vietnam feiern deshalb heute das 40-Jahr-Jubiläum ihrer diplomatischen Beziehungen.

Nauenfahrt auf dem Urnersee

Diese Woche reist eine 30-köpfige Delegation aus Vietnam durch die Schweiz, angeführt von Vize-Premier Hong Trung Hai. Höhepunkt der Visite der hochrangigen vietnamesischen Delegation ist – nach einem Besuch im

Im Indochinakrieg kämpften bis zu 1200 schweizerische Fremdenlegionäre mit.

Bundesbriefmuseum in Schwyz und einer Nauenfahrt auf dem Urnersee – der heutige Empfang bei Bundesrat Johann Schneider-Ammann in Bern.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Vietnam sind aber schon viel älter als 40 Jahre. Laut Stefan Sigrist, dem Autor des Buches «Schweizer in Asien» (2001), besuchte der erste Schweizer vor über 360 Jahren Viet-



Mitten im Vietnamkrieg nimmt die Schweiz diplomatische Beziehungen mit Nordvietnam auf. AP/KEystone

nam. Der Jesuit Onophrius Bürgin aus Luzern war ab 1648 als Missionar in Vietnam tätig. In der französischen Kolonialzeit kamen mehrere Schweizer Kaufleute nach Indochina und gründeten Textilien- und Maschinenfabriken. Alexandre Yersin führte an der Wende zum 20. Jahrhundert den Kautschukbaum und das Malariamittel Chinin in die französische Kolonie ein. Yersin ist in Vietnam der bekannteste Schweizer – er wird bis heute im Land verehrt. Strassen, Schulen, Tempel und eine Universität sind nach ihm benannt.

Während des Indochinakriegs (1946–1954) hielten sich rund 150 Schweizer, darunter ein Dutzend Missionare, im Gebiet des heutigen Vietnams auf – und bis zu 1200 schweizerische Fremdenlegionäre kämpften an der Seite Frankreichs mit. 1954 wurde der Indochinakrieg mit der vernichtenden Niederlage der Franzosen in Dien Bien Phu beendet. Die Friedensverhandlungen fanden in Genf statt.

Der Laufenburger Historiker Urs Obrist hat basierend auf diplomatischen Dokumenten aus Bern die Entwicklung der Beziehungen der Schweiz und Vietnam zwischen 1954 und 1963 erforscht. Die Anerkennung des geteilten Vietnams war für die Schweizer Aussen- und Neutralitätspolitik im Kalten Krieg eine besondere Herausforderung. Bis zum Ausbruch des Vietnamkriegs (1964–1975) unterhielt die Schweiz vor allem mit dem nicht kommunistischen Süden Beziehungen.

Schweizer Sympathien für Süden

Die Schweiz bevorzugte nämlich trotz ihrer nach aussen bemühten Neutralitätspolitik das von den USA und dem Westen unterstützte Südvietnam deutlich gegenüber dem kommunistischen Nordvietnam. Bereits im August 1955 gab das Schweizer Aussenministerium dem südvietnamesischen Drängen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen

Schritt weit nach und gab grünes Licht für die Eröffnung eines permanenten südvietnamesischen «Büros» in Genf – quasi als Gegenstück zum 1926 in Saigon eröffneten Schweizer Konsulat.

Entgegen dem vom Bundesrat gepredigten Prinzip der Gleichbehandlung geteilter Staaten hat die Schweiz, wie Obrist herausgefunden hat, Südvietnam am 1. April 1958 in einem Geheimbeschluss offiziell anerkannt. Dem Bundesrat war der neutralitätspolitisch heikle Entscheid aber nicht leicht gefallen, deshalb wurde Südvietnam 1958 nur «heimlich» anerkannt. Im Vorfeld hatten Wirtschaftsvertreter der Uhren- und Milchkonservenindustrie starken Druck auf die Politik ausgeübt, die Interessen der Schweizer Exportwirtschaft zu fördern.

Der damalige Bundesrat Max Petitpierre hatte zuvor eine abwartende Haltung eingenommen. Dem Schweizer Aussenminister war auch die Anerkennung Nordvietnams wichtig, er

wollte die beiden geteilten Staaten gleich behandeln. Trotz Sympathien für den Süden wollte Petitpierre gegenüber der westlichen und östlichen Welt ausgewogen und neutral auftreten. Der frühere Präsident der Schweizerischen Uhrenkammer nahm keine besondere Rücksicht auf die Uhren-Exportindustrie. Dass Südvietnam faktisch 13 Jahre vor Nordvietnam anerkannt wurde, geschah also nicht wegen Petitpierres Drängen, sondern trotz seiner besonnenen Einwände.

Ende der 1950er-Jahre hatte sich die Wirtschaftsinteressen gegenüber Neutralitätsbedenken durchgesetzt. Die Schweiz vergab sich mit dem einseitigen Positionsbezug – Südvietnam wur-

Der Entscheid war heikel, deshalb wurde Südvietnam 1958 nur heimlich anerkannt.

de 1962 über die heimliche Anerkennung von 1958 informiert – die Möglichkeit, im eskalierenden Vietnamkrieg ab 1963 ihre traditionelle Vermittler-Rolle zu spielen und ihre neutralen Guten Dienste anzubieten.

Neutralitätspolitische Sündenfall

Dass die Schweiz Nordvietnam im Oktober 1971 doch noch anerkannte, hat wohl mit der aktiven Aussenpolitik von Bundesrat Pierre Graber in den 1970er-Jahren zu tun. Graber bereitete zu dieser Zeit bereits das Schweizer Engagement für die geplanten multilateralen Ost-West-Verhandlungen (KSZE) vor, die von Ende 1972 bis 1975 in Helsinki und Genf stattfinden würden. Um im «Helsinki-Prozess» glaubwürdig als Vermittler zwischen West und Ost auftreten zu können, war es wichtig, den neutralitätspolitischen Sündenfall der einseitigen Anerkennung Südvietnams von 1958 zu korrigieren.

Urs Obrist. Die heimliche Anerkennung Südvietnams durch die Schweiz. Frauenfeld: Huber, 2001. 335 S.

Eltern sollen für Zeit mit dem Kind sparen können

Kleiner Meilenstein Der Bundesrat will ein Sparmodell für die Elternzeit prüfen. Die Idee dazu stammt aus der Männer- und Väterbewegung.

VON KAREN SCHÄRER

Parlamentarier verschiedener Parteien versuchten es in den vergangenen Jahren immer wieder: Sie verlangten vom Bundesrat die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs. Der Bundesrat wollte davon aber nichts wissen – und verwies wiederholt auf den schlechten finanziellen Zustand der Sozialwerke.

Als «kleinen Meilenstein» bezeichnet deshalb Markus Theunert, Präsident des Dachverbandes Schweizer Männer- und Väterorganisationen, die jüngste Stellungnahme des Bundesrats auf einen Vorstoss zum Thema: Der Bundesrat empfiehlt ein Postulat von Ständerätin Anita Fetz (SP/BS) zur Annahme und erklärt sich damit bereit, ein «neuartiges, privat finanziertes Modell eines Elternurlaubs» zu prüfen. Dieses enthalte «interessante Ansätze», schreibt der Bundesrat in seiner Stellungnahme. Heute ist der Vorstoss im Ständerat traktandiert.

Steuerbefreites Sparen

Anita Fetz hat mit ihrem Postulat eine Initiative der Männerzeitung und des Dachverbandes der Männer- und Väterorganisationen Männer.ch ins Parlament gebracht. Die Idee ist,

dass Männer und Frauen mit freiwilligen Zahlungen ein Elternschaftsguthaben aufbauen können, analog zum steuerbefreiten Sparen für die Altersvorsorge. Das Guthaben könnte bei Elternschaft dazu eingesetzt werden, eine zusätzliche Elternzeit oder eine vorübergehende Arbeitszeitreduktion zu finanzieren.

Dass der Bundesrat mögliche Modelle dazu prüfen will, erklärt Theunert mit dem gewachsenen Druck aus der Politik und von der Männer- und Väterbewegung. Den Vorstoss von Anita Fetz, wie auch einen gleichlautenden Vorstoss, der im Nationalrat eingereicht wurde, haben Parlamentarier aller Couleure unterzeichnet. «Der Bundesrat hat realisiert, dass er nicht länger gar nichts tun kann. Das neue Modell setzt nun auf privates Engagement, das staatlich gefördert wird.» Diese Art der «Public Private Partnership» sei für den Bundesrat attraktiv, meint Theunert.

Firmen sehen Handlungsbedarf

Ohne Entgegenkommen der Arbeitgeber nützen jedoch alle finanziellen Polster nichts. «Diese Offenheit der Unternehmen ist da, oder sie wird bald kommen», ist Anita Fetz überzeugt. Denn schon heute sei es ein Problem für viele Firmen, Fachleute zu finden. «Im Wettbewerb um die besten Fachkräfte punkten Firmen, die Elternzeitmodelle anbieten», sagt Fetz.

Tatsächlich hat auch der Schweizerische Arbeitgeberverband eine



Steuerbefreites Sparen soll mehr väterliche Präsenz ermöglichen. ISTOCK

Kehrtwende gemacht. Sprach er sich bis anhin konsequent gegen die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs aus, empfiehlt er nun in einer schriftlichen Stellungnahme «Zustimmung zum Postulat». Frühere Vorstösse hätten immer eine Belastung für die So-

zialwerke bedeutet. Gegen eine Steuerbefreiung zur Ermöglichung einer privat finanzierten Elternzeitversicherung sei hingegen «grundsätzlich wenig einzuwenden», schreibt der Verband. Es solle aber keinen arbeitsrechtlichen Anspruch auf Elternzeit



Markus Theunert von Männer.ch: «Bundesrat kann nicht nichts tun.»



Anita Fetz (SP/BS): «Firmen mit Elternzeitmodellen punkten.» P.M.

geben. «Es ist auch in Zukunft den einzelnen Betrieben zu überlassen, wie sie mit den Urlaubswünschen oder Anträgen auf Reduktion der Arbeitszeit umgehen wollen oder können», hält der Arbeitgeberverband fest.